„Das Ostseebad ist ein Ausnahmefall“

Thomas Nohr, Vorsitzender der Wählergemeinschaft Boltenhagen, hält den Zwangsanschluss der Gemeinde ans Amt Klützer Winkel für „Unfug“ und spricht von einer Entmündigung der Bürger.

Interview von Sylvia Kartheuser

Boltenhagen – Der vom Innenministerium geforderte Anschluss von Boltenhagen ans Amt Klützer Winkel sorgt nach wie vor für Unruhe im Ostseebad. Einer der Verfechter für die Beibehaltung der Amtsfreiheit des Ostseebades ist Gemeindevertreter Thomas Nohr. Die OSTSEE- ZEITUNG sprach mit dem Vorsitzenden der Wählergemeinschaft Boltenhagen (WGB).

OSTSEE-ZEITUNG: *Herr Nohr, was regt Sie am meisten an dem bisherigen Vorgehen auf?*
Thomas Nohr: Ich habe das Gefühl, für die Advokaten in Schwerin mag die zwangsweise Zuordnung zum Amt Klützer Winkel nur eine kleine unbedeutende Fußnote im Schweriner Bürokratendschungel sein. Man unterstellt, unsere Entscheidungen wären nicht wichtig, weil sie nur einen unbedeutenden Einfluss auf die Entscheidung des Innenministers hätten.

OZ: *Wie groß ist denn der Einfluss, den die noch ausstehende Entscheidung der Gemeindevertreter auf den Innenminister hätte?*
Nohr: Ich denke, wir haben ein paar gute Argumente für den Erhalt der Amtsfreiheit, zum Beispiel die Finanz- und die Wirtschaftskraft. Und für uns wäre deren Aufgabe nicht nur eine Fußnote. Es ist eine Frage von Prestige und Reputation.

OZ: *Und die wären?*
Nohr: Boltenhagen ist ein Sonderfall und kann nicht mit einer beliebigen Gemeinde mit gleicher Einwohnerzahl verglichen werden. Hier müsste das Innenministerium eine angemessene Einzelfallentscheidung treffen. Richtig ist, dass wir im Winter keine 5000 Einwohner – die Mindestzahl für amtsfreie Gemeinden – haben. Allerdings hat Boltenhagen zwei Gesichter, und im Sommer sieht es ganz anders aus. An Spitzentagen in der Saison muss Boltenhagen bis zu 35 000 Personen aufnehmen.



Winter: *Der Strand vor Boltenhagen ist menschenleer. In dieser Zeit gehört er Schwänen und Möwen.*



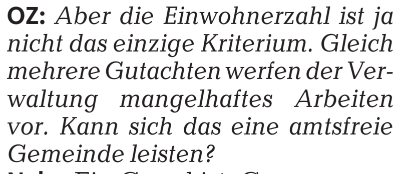
Sommer: *Tausende Urlauber, Tagesgäste und Einheimische genießen den Strand und die Ostsee.*



März: *Still liegt der Kurpark. Nur selten streift jetzt ein Besucher durch die Anlage.* Fotos: Archiv/Kartheuser (2)

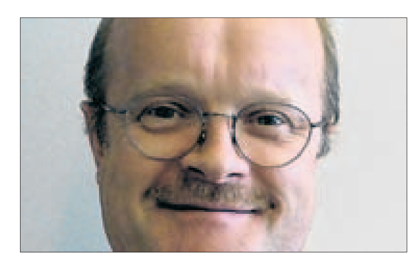


August: *Bei Veranstaltungen ist der Kurpark besonders voll. Sonst ist er beliebte Flanierstrecke.*



OZ: *Aber die Einwohnerzahl ist ja nicht das einzige Kriterium. Gleich mehrere Gutachten werfen der Verwaltung mangelhaftes Arbeiten vor. Kann sich das eine amtsfreie Gemeinde leisten?*
Nohr: Ein Grund ist: Gemessen an den Aufgaben ist die Verwaltung im Ostseebad unterbesetzt. Wie können die Schweriner aber unterstellen, dass das Amt Klützer Winkel, dessen Finanzkraft und Verwaltungsstärke erst nachzuweisen wäre, in der Lage wäre, Boltenhagener besser zu verwalten?

OZ: *Ich höre daraus Ihre Überzeugung, dass ein amtsfreies Boltenhagen besser dran wäre. Woran machen Sie das fest?*



> Boltenhagen hat zwei Gesichter, das muss das Innenministerium bei seiner Entscheidung bedenken.“
> **Thomas Nohr, WGB-Vorsitzender**

Nohr: Boltenhagen wäre im Amt Klützer Winkel finanziell die mit Abstand stärkste Gemeinde. Ihre Finanzkraft würde bei weitem die der anderen fünf Gemeinden zusammen übertreffen. Das Bauvolumen im Ostseebad übersteigt ebenfalls bei weitem das aller anderen fünf Gemeinden zusammen. Boltenhagen ist zu allen anderen Gemeinden im Landkreis ein wirtschaftliches Schwergewicht und nicht bloß touristischer Schwerpunkt.

OZ: *Aber so wie in den vergangenen Monaten und Jahren kann es doch in Boltenhagen nicht weitergehen.*
Nohr: Natürlich nicht. Aber wir haben die Instrumente in der Hand, die Verwaltung zu reformieren, begangene Fehler aufzuarbeiten und Konsequenzen für die verantwortlich Handelnden zu ziehen. Der Unfug, eine finanzstarke Gemeinde, die ganz sicher ihre hausgemachten Probleme selbst lösen wird, zwangsweise und gegen ihren Willen einem Amt anzuschließen, widerspricht den Zielen der Demokratie. Sollte das Innenministerium eine entsprechende Verordnung erlassen, käme das im Fall des finanziell unabhängigen Seebades der Entmündigung seiner Bürger gleich.

OZ: *Wie könnten sich die Boltenhagener gegen den drohenden Anschluss wehren und um die Amtsfreiheit kämpfen?*
Nohr: Die Boltenhagener wären gut beraten, sich anwaltlichen Beistand zu nehmen, um die Wichtigkeit ihrer eigenen und mehrheitlichen Entscheidung notfalls auch durch Gerichtsbeschluss bestätigen zu lassen.

Amtsfreiheit in Zahlen

5000 Einwohner muss eine amtsfreie Gemeinde laut Kommunalgesetz mindestens haben.

Knapp 2600 Einwohner hat Boltenhagen mit erstem Wohnsitz in dem Ostseebad.

Im Jahr 2000 ging es schon einmal um die Amtsfreiheit des Ostseebades. Damals waren noch mindestens 3000 Einwohner gefordert.

Das Innenministerium erkannte die Sonderstellung von Boltenhagen an. Die Gemeinde musste sich auch nach 2004 keinem Amt anschließen.

Seit dem 1. Januar 2007 arbeiten Boltenhagen und das Amt Klützer Winkel auf einigen Gebieten bereits zusammen, zum Beispiel gibt es ein gemeinsames Standesamt.

Ende 2010 wächst der Druck. Boltenhagen soll sich einem Amt anschließen. Gutachten stellen der Verwaltung schlechte Zeugnisse aus.